

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1933-1936 1934

78 (20.3.1934) Badischer Staatsanzeiger

Badischer Staatsanzeiger



folge 43

20. März 1934

Amtlicher Teil

Übertragung der Führerrede bei den Behörden

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Die Landesbehörden, Landesstellen und Landesanstalten werden ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern Gelegenheit geben, die Rede, die der Herr Reichszustler am Mittwoch, den 21. März 1934, vorm. 11 Uhr, zur Eröffnung der Frühjahrsferien gegen die Arbeitslosigkeit halten wird, anzuhören. Soweit dies in den Räumen der Dienststellen und Betrieben geschehen kann, werden die Leiter der Dienststellen und Betriebe von 10.50—11 Uhr hierbei einleitende Worte an die Versammelten richten. Die Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften werden ersucht, sich dem Vorgehen der Landesbehörden anzuschließen.

Studentische Arbeitsdienstpflicht

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Der Herr Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Vorlesungen an sämtlichen deutschen Hochschulen mit Rücksicht auf die von der Deutschen Studentenschaft im Benehmen mit dem Herrn Reichsminister des Innern verfügte Arbeitsdienstpflicht erst am 7. Mai 1934 beginnen. Der Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz — Abteilung Kultus und Unterricht — hat angeordnet, daß eine Einschreibung von reichsdeutschen Mitgliedern der Deutschen Studentenschaft nur bei Vorlage einer Bescheinigung der örtlichen Studentenschaften erfolgen kann, daß der Studierende seine Arbeitsdienstpflicht erfüllt oder von ihr befreit oder zurückgestellt worden war. Für eine rechtzeitige Abwicklung der Einschreibungsangelegenheiten ist Sorge getragen.

Festnahme von Kommunisten

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Nach langwierigen Ermittlungen ist es der Gch. Staatspolizei Freiburg gelungen, den Bervielfältigungsapparat der illegalen KPD-Organisation in Freiburg sicherzustellen. Der Apparat wurde bei einem gewissen U h d e, Grenzstr. 7, aufgefunden, der als einer der neuen KPD-Organisatoren erkannt wurde. Gleichzeitig wurde ein weiterer Funktionär namens Hirn festgenommen, der im Besitz einer frisch beschriebenen Wachsmatrix war, die zur Verfertigung neuer kommunistischer Flugblätter dienen sollte. Auch wurden verschiedene Schriften hochverräterischen Inhalts, darunter mehrere Exemplare der „Roten Fahne“ bei Hirn beschlagnahmt. Die illegale KPD-Organisation in Freiburg ist infolge der unermüdlichen und erfolgreichen Tätigkeit aller Beamten der Freiburger Gch. Staatspolizei nahezu vernichtet, da der größte Teil der Funktionäre in den letzten Wochen festgenommen werden konnte.

Im Zusammenhang mit der Aufrollung der illegalen KPD-Organisation in Freiburg wurden auch auf Befehl der Gch. Staatspolizei in Emmendingen Hausdurchsuchungen bei verschiedenen ehemaligen kommunistischen Funktionären durchgeführt, die 3 Festnahmen zur Folge hatten. Darunter befand sich der ehemalige Führer der KPD, Emmendingen, S a b l o n s k i, der von neuem den Vertrieb der „Roten Fahne“ organisierte. Das hochverräterische Treiben dieses unbeschreiblichen und asozialen Individuums ist um so verwerflicher, als Sablonksi gnadenweise an Weihnachten 1933 nach ungefähr 10monatiger Schutzhaft gegen Unterzeichnung einer Erklärung, sich nicht mehr für den Kommunismus zu betätigen, aus der Schutzhaft entlassen worden ist. Sablonksi hat dieses Versprechen gebrochen und die in ihn gesetzten Erwartungen auf das Schändlichste mißbraucht, so daß er auch nach seiner gerichtlichen schweren Bestrafung mit langjähriger Schutzhaftverwahrung zu rechnen haben wird.

Der Staat ist entschlossen, gegen derartige rückfällige Verführer der Gesellschaftsordnung mit der ganzen Schwere des Gesetzes und den hierfür vorgesehenen Schutzmaßnahmen durchzugreifen.

Weitere 35 Schubhäftlinge entlassen

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Am vergangenen Samstag wurden aus dem Lager in Kislau wieder 35 Schubhäftlinge, die zum Teil schon seit längeren Monaten inhaftiert waren, entlassen. Der stellvertretende Lagerführer Karl Sauer machte in einer kurzen Ansprache auf die Pflicht der Sozialität gegenüber dem nationalsozialistischen Staat aufmerksam und betonte, daß die Entlassung keineswegs als Zeichen der Schwäche aufzufassen sei. Das Verhalten der jetzt zur Entlassung kommenden Schubhäftlinge läßt erwarten, daß sie keine Versuche mehr machen werden, Sabotage im nationalsozialistischen Staat zu treiben und vom Marxismus gründlich geheilt sind.

tiert waren, entlassen. Der stellvertretende Lagerführer Karl Sauer machte in einer kurzen Ansprache auf die Pflicht der Sozialität gegenüber dem nationalsozialistischen Staat aufmerksam und betonte, daß die Entlassung keineswegs als Zeichen der Schwäche aufzufassen sei. Das Verhalten der jetzt zur Entlassung kommenden Schubhäftlinge läßt erwarten, daß sie keine Versuche mehr machen werden, Sabotage im nationalsozialistischen Staat zu treiben und vom Marxismus gründlich geheilt sind.

Amtliche Bekanntmachungen

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Kunstaktsarzt Medizinalrat Dr. Arthur Kubin an der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz zum Direktor dieser Anstalt; Volkshauptwachmeister Emil Hindauer in Karlsruhe zum Volkshauptwachmeister; Kriminalkommissar Otto Dier in Freiburg zum Kriminalinspektor; Kriminalsekretär Günther Weidner in Karlsruhe zum Kriminalkommissar; Kriminalassistenten Edmund Kemmer in Konstanz, Wilhelm Schögel in Offenburg und Josef Weber in Mannheim zum Kriminalsekretären; die Gendarmeriehauptwachmeister Josef Büttin in GutsMuth (Amt Westrich), Ferdinand Steidle in Hiltzingen (Amt Engen) und Adam Würfel in Sörriesheim (Amt Mannheim) zu Gendarmerieoberwachmeistern.

Verfetzt:

Regierungsrat Otto Schmitt beim Oberbergschulungsamt Mannheim zum Bezirksamt Karlsruhe.

Unter Anerkennung des nationalen Opfernasses auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt:

Verwaltungsinspektor Emil Auerbach beim Bezirksamt Vörsach; Oberpflegerin Anna Baumann bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Zurückgekehrt auf Ansuchen:

Oberpflegerin Karoline Hertle bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz.

In den Ruhestand getreten kraft Gesetzes:

Gendarmeriekommisär Dionysius Flaig in Sinsheim.

Zurückgekehrt:

Verwaltungsinspektor Friedrich Fandau beim Bezirksamt Freiburg; Oberpfleger Josef Anselment bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Gestorben:

Oberpfleger Bernhard Guder bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

*

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus, des Unterrichts und der Justiz — Abteilung Kultus und Unterricht —

Ernannt:

Regierungsrat Georg Heltl im Ministerium des Kultus, des Unterrichts und der Justiz; Abteilung Kultus und Unterricht zum Oberregierungsrat daselbst; Stadtschulrat Edmund Zell in Karlsruhe zum Stadtoberschulrat daselbst.

Wannmähig angesetzt:

Der vertragsmäßige Professor Alfons Ungerer an der Kunstgewerbeschule Vörsach; Wachmeister Vinzenz Gehnbauer am mineralogisch-petrographischen Institut der Universität Heidelberg; Mediziner Karl Deszenter am chemischen Institut der Universität Heidelberg.

Verfetzt in gleicher Eigenschaft:

Studienrat Hans Wächle an der Gewerbeschule in Engen zur kommissarischen Dienstleistung an die Gewerbeschule in Baden-Waden.

Verfetzt gem. § 5 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums:

Direktor Dr. Melchior Mayer an der Reppelin-Oberrealschule Konstanz als Professor an das Gymnasium Vörsach.

Zurückgekehrt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit:

Professor Dr. Wilhelm Hauser am Gymnasium Tauertshofshausheim.

Zurückgekehrt auf Ansuchen wegen fehlender Gesundheit:

Professor Philipp Stein am Realprogymnasium Emmendingen.

In den endgültigen Ruhestand versetzt:

Direktor I. e. R. Hermann Eder, zuletzt an der Gewerbeschule in Villingen; Direktor I. e. R. Ernst Biermann, zuletzt an der Gewerbeschule in Vörsach; Direktor I. e. R. Jakob Randolf, zuletzt an der Gewerbeschule in Heidelberg; Direktor I. e. R. Ernst Rau, zuletzt an der Gewerbeschule in Vörsach.

Direktor I. e. R. Rudolf Müllin, zuletzt an der Goldschmiedeschule in Vörsach.

Direktor I. e. R. Jakob Wahl, zuletzt an der Gewerbeschule in Konstanz.

Professor I. e. R. Alfred Ruffe, zuletzt am Staatstechnikum in Karlsruhe.

Studienrat I. e. R. Friedrich Bender, zuletzt an der Gewerbeschule in Freiburg i. Br.

Studienrat I. e. R. Otto Haug, zuletzt an der Gewerbeschule in Kandel.

Studienrat I. e. R. Albert Lutz, zuletzt an der Gewerbeschule I in Mannheim.

Studienrat I. e. R. Alfred Moser, zuletzt an der Gewerbeschule in Heidelberg.

Studienrat I. e. R. Otto Pabst, zuletzt an der Gewerbeschule in Bruchsal.

Studienrat I. e. R. Friedrich Rapp, zuletzt an der Goldschmiedeschule in Vörsach.

Studienrat I. e. R. Edgar Rastätter, zuletzt an der Gewerbeschule in Baden-Waden.

Gewerbeschule I. e. R. Wilhelm Beuttmüller, zuletzt an der Gewerbeschule in Vörsach.

Lehrer I. e. R. Hans Brümmer, zuletzt an der Gewerbeschule in Karlsruhe.

Hochlehrer I. e. R. Karl Uhrenbacher, zuletzt an der Gewerbeschule II in Karlsruhe.

Hochschulinspektoren I. e. R. Moritz Bell, zuletzt an der Gewerbeschule in Neustadt i. Schw.

Hochschulinspektoren I. e. R. Hermann Geier, zuletzt an der Goldschmiedeschule in Vörsach.

Hochschulinspektoren I. e. R. Wilhelm Stalger, zuletzt an der Gewerbeschule in Engen a. S.

Presseschriftlich verantwortlich: H. Morauer, Karlsruhe.

Der bevölkerungspolitische Aufklärungsfeldzug

Gute Erfolge in Baden

(Eigenbericht des „Führer“.)

Karlsruhe, 19. März.

Der Sonderkommissar für das Gesundheitswesen Dr. Faltheiser machte in einer Pressebesprechung am Montagmittag in der Landesstelle Baden-Württemberg für Volksaufklärung und Propaganda vor Karlsruher Pressevertretern sehr ausführliche Mitteilungen über Durchführung und Erfolg der Maßnahmen auf dem Gebiet der Rassenpflege und der Bevölkerungspolitik.

Wenn man sich vor Augen hält, so betonte Dr. Faltheiser, daß es vor einem Jahr in Deutschland nur wenige Menschen gegeben hat, die etwas von Rassenhygiene gewußt haben, so kann man mit den bisherigen Ergebnissen zufrieden sein. Rassenhygienisches Denken war bisher in allen Staaten unbekannt. Die Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung auf diesem Gebiet, insbesondere das Sterilisationsgesetz, haben in der ganzen Welt große Aufmerksamkeit geweckt. In einigen Ländern will man jetzt daran gehen, ein ähnliches Gesetz einzuführen.

Der bevölkerungspolitische Aufklärungsfeldzug mußte mit einer

gründlichen Schulungsarbeit

beginnen. Diese ist heute so weit durchgeführt, daß fast alle Ärzte bereits geschult sind. Ein guter Rednerstab steht zur Verfügung. Der NS-Arztebund hat etwa 500 Versammlungen abgehalten, in denen ungefähr 150 Redner gesprochen haben. Die Vorträge Dr. Faltheisers in der Bürgermeisterschule in Schönwald haben, wie er mitteilte, einen besonders lebhaften Widerhall gefunden. Die Bürgermeister, an die die bevölkerungspolitischen Fragen in der Praxis täglich herangetragen, haben die gebotene Aufklärung sehr dankbar aufgenommen.

Die Vorträge wurden in wirkungsvoller Weise unterstützt durch den Massenvertrieb von durch die Landesstelle für Volksaufklärung und Propaganda herausgegebenen

Aufklärungsschriften bevölkerungspolitischer Art.

So sind von der Broschüre „Mütter, kämpft für eure Kinder!“ in Baden 395 000 Exemplare abgesetzt worden; das entspricht einem Siebtel der gesamten Einwohnerzahl. Die Schrift „Die kommende Generation klagt an“, deren Aufgabe in die Zeit des letzten Wahlkampfes fiel, wurde in einer Auflage von 167 000 Stück vertrieben. Den größten Erfolg hatte die Bro-

schüre „Gesunde Eltern, — gesunde Kinder“, in der das Sterilisationsgesetz begründet ist und die mit 720 000 Stück einem Drittel der ganzen Bevölkerung zugänglich gemacht wurde. Die Krankenkassen in Baden, die Orts-, Innungs- und Betriebskrankenkassen, haben sich in vorbildlicher Weise in den Dienst der Sache gestellt. Durch ihre Unterstützung war es möglich, jedem einzelnen Versicherten eine Broschüre zu übergeben. Die Sparkassen haben durch Vertrieb der Schrift „Sorgt für unsere Zukunft“ ihrerseits zur Aufklärung beigetragen. Die Presseberichte über die Verhütung der Heil- und Pflegeanstalt in Wiesloch unter Führung von Dr. Faltheiser haben weit über die Grenzen des Landes hinaus große Beachtung gefunden.

Schon läßt sich erkennen, daß die nationalsozialistische

Aufklärung über die Gefahren des Geburtenrückgangs

für den Bestand unseres Volkes durchzudringen beginnt. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahres war bereits eine wenn zunächst auch geringe Steigerung der Geburtenziffer festzustellen. Die Ehestandsdarlehen mögen zu dieser erfreulichen Entwicklung beigetragen haben. Die kommende Steuerreform wird durch die in ihr vorgesehene Begünstigung der Kinderreichen bestimmt ihre Wirkung nicht verfehlen.

Zum Sterilisationsgesetz

sagte Dr. Faltheiser, daß bisher in Baden etwa 300 bis 400 Gerichtsbeschlüsse auf Sterilisation ergangen sind. Davon ist erfreulicherweise eine außerordentlich große Zahl auf freiwilligen Antrag erfolgt. Die Anträge, die zur Zeit in Bearbeitung sind, dürften etwa 600 betragen. Von nennenswerten Widerständen gegen das Gesetz kann nirgends gesprochen werden. Die von gewisser Seite ergangene Aufforderung, nicht freiwillig einen Antrag auf Sterilisation zu stellen, hat offenbar wenig Resonanz gefunden.

Es sind in Baden nach vorläufiger Schätzung wenigstens 12 000 Einzelfälle zu prüfen. Im ganzen Reich wird mit annähernd einer Million Fällen gerechnet.

Die Einrichtung der Erbgesundheitsgerichte bei den Amtsgerichten ist ohne Vorgang. Das wesentliche Merkmal ist, daß es hier keine Angeklagten und keine Verurteilten gibt. Diese neu-

Genuß und Gesundheit durch Kaffee Hag

artige Gerichtsbarkeit hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits sehr gut eingespielt. Dabei sind jetzt schon sehr interessante Feststellungen gemacht worden. So ergab sich, daß verhältnismäßig das größte Kontingent an Geisteskranken und Geisteschwachen nicht die Großstädte, sondern einige ländliche Bezirke stellen. Dies mag so zu erklären sein, daß bisher das Land seine gesündesten Menschen an die Stadt abgegeben hat, wo sie dann den unheilvollsten Einwirkungen auf bevölkerungspolitischen Gebiet ausgesetzt wurden; andererseits sind die Heilraten unter Verwandten, wie sie auf dem Land häufig unter dem Gesichtspunkt des Erwerbs von Landbesitz geschlossen wurden, von sehr ungünstigem Einfluß. Diese Erkenntnisse geben sehr zu denken, und es wird noch vieler Aufklärung und entsprechender Maßnahmen des Staates bedürfen, um einen durchgreifenden Wandel zu schaffen.

Weiter wird den Entlassenen aus den Heil- und Pflegeanstalten große Aufmerksamkeit zu widmen sein. Diese Fälle werden größtenteils geprüft werden müssen, denn erfahrungsgemäß stellen die Nachkommen von Schwachsinnigen einen sehr hohen Prozentsatz an Verbrechern.

Hält man sich vor Augen, daß gerade unter den erblich bedingten Wertvollen bisher ein starker Geburtenrückgang festzustellen war, so wird klar, daß die rassen- und bevölkerungspolitischen Fragen das Kernproblem für Sein oder Nichtsein der Nation bilden. Außen-, Raum-, Bevölkerung- und Wirtschaftspolitik greifen hier ineinander. Es ist eine Arbeit auf Generationen hinaus zu leisten, wenn verhindert werden soll, daß das deutsche Volk den gleichen Weg geht, den alle großen Kulturvölker der Vorgeschichte wie das griechische und das römische gegangen sind.

Im Zusammenhang mit der Besprechung sei auf die Schriften des Amtes für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege in Berlin hingewiesen, die in allgemein verständlicher, überaus fesselnder Form die bevölkerungspolitischen Fragen behandeln, so die „Korrespondenz für Rassen- und Bevölkerungspolitik“ sowie die Zeitschrift „Neues Volk“, die in wenigen Monaten bereits einen Bezahlerkreis von Hunderttausenden errungen hat.